

DAS FEMINISTISCHE BLATT

31. JAHRGANG | SOMMER 2. 2012
ISSN 0178-6083 | 3,00 EURO

WIR FRAUEN

Eure
feministische
Wahrheit
hat Platz!

www.meine-feministische-wahrheit.de

www.wirfrauen.de

KULTUR DIE AUFERSTEHUNG DER GISELA ELSNER

DOKUMENTATION UN-BERICHT ÜBER GEWALT GEGEN FRAUEN IN DEUTSCHLAND

MENSCHWERDUNG FRIGGA HAUG ÜBER SARAH HRDYS ANDERE ANTHROPOLOGIE

ARCHIVE ÜBER ALLEINVERTRETUNGSANSPRÜCHE

Wem gehört die Stadt?





Nicole Schwarzbach

Feministische Stadtplanung

Eine raumtheoretische Annäherung an Städte

TEXT ELENA BÚTOW

► Städte können groß oder klein sein, sind unterschiedlich bebaut und bewohnt, haben unterschiedliche Stadtgeschichten, weisen differenzierte Infrastrukturen auf und können sich durch politische und ökonomische Bedingungen unterscheiden. In Städten wird jedoch zugleich ein hohes Maß an sozialer Ungleichheit sichtbar.

Durch die Industrialisierung und Urbanisierung gewinnt das Berufsleben immer mehr an Bedeutung, Arbeitslosigkeit oder gar Armut werden als defizitär wahrgenommen. Die bürgerliche Kleinfamilie setzt sich als ‚Normalfamilie‘ durch und führt zu einer problematischen Idee von Mutterschaft. Müttern und vor allem alleinerziehenden Frauen wird der Zugang zum Erwerbsleben erschwert. Die Wahrnehmungen sind nicht zuletzt dadurch von einem Geschlechterdualismus geprägt. Öffentliche und private Räume werden voneinander getrennt und produzieren normierte Zuschreibungen. Zudem werden Städte entlang von Klasse, Milieu und Geschlecht differenziert und durch eine nationalstaatliche Organisation strukturiert.

Städte sind auch räumlich strukturiert, zum Beispiel durch homogene Quartiere, in denen Menschen mit der gleichen Lebensform, Zugehörigkeit oder Altersgruppe leben. Auch die Hautfarbe, das Geschlecht oder Armut können als Segregationsmerkmale in Städten beobachtet werden. Diese Segregation ist vielfach nicht freiwillig,

sondern kann durch eine konkrete Stadtplanung, zum Beispiel durch die Aufwertung einzelner Stadtviertel oder die Auflösung von Szenen (z. B. Rotlichtviertel oder Drogenszene), entstehen. Durch diese Gentrifizierungsprozesse steigen die Mieten und vertreiben geringer verdienende Menschen aus ihren Wohnvierteln. Diese suchen meist Zuflucht in Vierteln am Stadtrand. Hieran zeigt sich, dass Städte durchzogen sind von Macht- und Ungleichheitsverhältnissen und ein viel umkämpfter Raum. Raumtheoretische Konzeptionen stellen einen möglichen Zugang dar, um städtische Phänomene zu begreifen und zu untersuchen.

Wie lassen sich Stadt und Raum begreifen?

Die Vorstellung vom Raum wird hauptsächlich von drei Raumvorstellungen geprägt: einer absolutistischen, einer relativistischen und einer relationalen. Der absolutistischen Raumvorstellung liegt die Idee eines Containers oder Behälters zugrunde, der nach Belieben mit Gegenständen, Subjekten oder sozialen Prozessen gefüllt oder entleert werden kann. Der Raum selbst wird durch seinen Inhalt nicht weiter beeinflusst. Der Raum ist immer schon existent und besteht unabhängig von Menschen oder sozialen Prozessen. Die relativistische Raumvorstellung versteht Raum als Resultat von sozialen Prozessen zwischen Menschen und Artefakten. Somit wird der Raum

erst durch Handlungen hergestellt und ist nicht von vorneherein existent. Gleichzeitig können so durch Handlungen auch mehrere Räume an einem Ort hergestellt werden. Zum Beispiel kann ein Supermarkt auch zu einem Gesprächsraum oder Konsumraum konstituiert werden. Die relationale Raumvorstellung berücksichtigt sowohl die Handlungs- als auch die strukturelle Ebene. Räume werden so durch soziale Prozesse kontinuierlich neu hergestellt, wirken gleichzeitig strukturierend auf diese zurück und sind somit Ergebnis und Bestimmung sozialer Prozesse gleichzeitig.

Martina Löw, Professorin für Soziologie an der Technischen Universität in Darmstadt, vertritt in ihrem soziologischen Raumbegriff auch eine relationale Raumvorstellung und schlägt eine handlungstheoretische Konzeption vor. Sie verweist auf die Mehrdimensionalität der Herstellung von (städtischen) Räumen, die sowohl auf raumproduzierendes Handeln von Menschen als auch auf räumliche Strukturen zurückzuführen sind, und beschreibt somit die Konstitution von Raum als gesellschaftlichen Prozess. Der Raum kann nach Löws Konzept kein starrer Behälter sein und nicht unabhängig von sozialen und materiellen Bedingungen existieren. Das soziale Handeln und die gesellschaftlichen Strukturen sind eng miteinander verwoben, sodass die Herstellung von Räumen andauernd in Bewegung und damit auch strukturbildend und reproduzierend ist. Wichtig ist, dass Martina Löw in ihrer Konzeption auch Machtverhältnisse nicht außer Acht lässt, sondern sie in die Aushandlungsprozesse mit einbezieht, da sich der Konstitutionsprozess von Räumen immer im Handeln mit anderen vollzieht und über Räume Prinzipien der Verteilung, Einschlüsse und Ausschlüsse organisiert werden. Die Möglichkeiten, einen Raum zu konstituieren, sind nicht für alle gleich, sondern abhängig von den jeweiligen Zugangsmöglichkeiten zu sozialen Gütern, die wiederum abhängig vom jeweiligen Wissen, der Position oder der Zugehörigkeit sind. Das Handeln und die Strukturen sind durch die Differenzierungskategorie Geschlecht beeinflusst, somit kann es z. B. für Frauen überhaupt nicht selbstverständlich sein, Räume zu konstituieren, wie es z. B. für Männer möglich ist. Mit der Konstitution von Raum wird deshalb immer auch die Unterscheidung von ‚Eingeschlossen‘ und ‚Ausgeschlossen‘ festgelegt. Umgekehrt heißt das aber auch, dass räumliche Differenzierungen in Städten mit geschlechtsspezifischen Differenzierungen einhergehen. Zusammenfassend könnte man formulieren: Städte produzieren Differenzen und Differenzen produzieren Städte.

Vergeschlechtlichung von Städten

Durch geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sind räumliche Differenzierungen in Städten häufig

mit geschlechtsspezifischen Differenzierungen verbunden. Vor allem alleinerziehende Frauen, die häufig von Armut betroffen sind, werden an den Stadtrand verdrängt. Dem gegenüber ziehen immer mehr gut situierte Menschen in die Städte und beteiligen sich so aktiv an einer Gentrifizierung von Wohngebieten. Das Geschlecht als Strukturprinzip lässt sich also auch als Ursache für unterschiedliche Lebensorte von Frauen und Männern benennen und beeinflusst ihre jeweiligen Handlungsmöglichkeiten, Spielräume und ihre Wahrnehmungen von Städten und Räumen. Unterschiedliche Lebensformen oder finanzielle Ressourcen lassen sich hier vor allem als Ungleichheitsverhältnisse der Geschlechter in städtischen Regionen beobachten.

Vergeschlechtlichte (städtische) Räume werden u. a. durch körperliche Praktiken oder geschlechtsspezifische Blicke hervorgebracht und reproduziert. Geschlechterverhältnisse sind somit z. B. auch über körperliche Repräsentationen in die Produktion von städtischen Räumen, die Reproduktion räumlicher Differenzen und in die Wahrnehmung von Städten eingeschrieben.

So will zum Beispiel die Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen (FOPA) die baulich-räumliche Umwelt im Interesse von Frauen und der Frauenbewegung verändern und entwickelt feministische Positionen in Architektur, Planung, Umwelt- und Baupolitik. FOPA kämpft gegen die Diskriminierung von Frauen im Beruf und fordert die Beteiligung von Frauen an allen Planungen. Aktuell appelliert sie an die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung, zu einer soliden Finanz- und Infrastrukturpolitik zurückzukehren und langfristig nutzbare, qualitativ hochwertige Gebäude und Infrastrukturen wieder in Eigenregie zu planen und zu errichten bzw. zu sanieren: ‚Der Verschandelung unserer Städte, der Zerstörung der Institutionen und Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge durch Public Private Partnership muss ein Ende bereitet werden.‘

Feministische Stadtplanung

Im Schwerpunkt geht es um diese Differenzen und unterschiedlichen Wahrnehmungen von Städten. Melanie Stitz stellt widerständige Kräfte vor, die sich gegen die Kapitalisierung von öffentlichen Räumen wehren. Isolde Aigner schaut in die bunten Ecken der Stadtgartenbewegungen und findet u. a. bestrickte Bäume und Straßenschilder, während Anna Schiff sich über vermeintlich witzige Werbung ärgert und sich über selbstklebende Aufkleber mit dem Spruch ‚Sexistische Kackscheiße‘ freut. Abschließend beschreibt Ruth Becker die Anfänge der Frauenwohnprojekte in Deutschland.

LITERATUR



Im Jahre 2003 befasste sich WIR FRAUEN mit dem Thema Stadtplanung. Die Ausgabe ist komplett online: www.wirfrauen.de/04-2003/index.php

Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

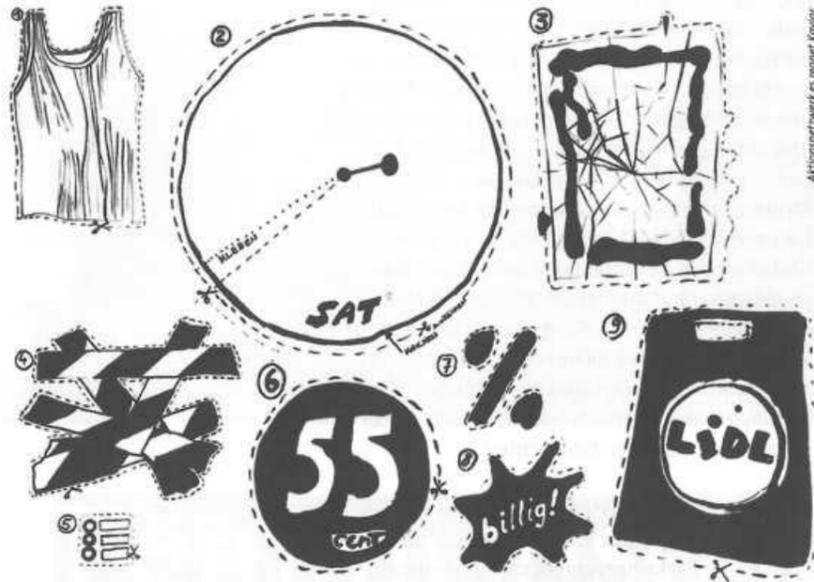
Löw, Martina/Steets, Silke/Stoetzer, Sergej (2008): Einführung in die Stadt- und Raum-Soziologie. Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills.

Reutlinger, Christian/Fritsche, Caroline/Lingg, Eva (2010): Raumwissenschaftliche Basics.

Eine Einführung für die Soziale Arbeit. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

www.fopa.de

www.gemeingut.org/unterstützen/architektinnen-und-ingenieurinnen-gegen-ppp



Konsument_innen und Delinquent_innen

TEXT MELANIE STITZ

► „Wir machen den Scheiß nicht mehr mit!“, so der Titel eines Aufrufs von Bürgermeister_innen, Kämmerer_innen, Kulturdezernent_innen, Kommunalpolitiker_innen und Kulturschaffenden in NRW gegen die Sparpolitik. Kommunen sollen ein Vielfaches leisten: „Sie sollen privaten Unternehmen möglichst kostenlos größtmögliche Infrastruktur bereitstellen bei möglichst geringer Kostenbeteiligung und möglichst niedrigen Steuerersatz.“ Städte und die von ihnen beauftragten Marketingagenturen seien damit beschäftigt, das Bild einer „pulsierenden Metropole“ zu verbreiten, und setzten dabei zunehmend auf mainstreamige Massenveranstaltungen wie Après-Ski, Loveparade und Weihnachtsmarkt – auf Kosten kritischer und manchmal sperriger Kultur von unten. „Wir können wählen zwischen Angeboten für Kinder und Jugendliche, für Hartz IV-EmpfängerInnen, für Opern- und KonzertbesucherInnen, Volkshoch- und Musikschulen oder den Angeboten der soziokulturellen Zentren und freien Gruppen. Aber wir wollen keine Neiddebatte, die Bereiche nicht gegeneinander ausspielen. (...) Wir glauben: Eine „sparende Stadt“ ist in Wahrheit eine segregierte Stadt, wie im 19. Jahrhundert: die Promenaden den Gutsutuierten, dem Pöbel die Mietskasernen und die Abbruchbuden außerhalb“, heißt es im Aufruf.

Nicole Adriana Schwarzbach war 2007 für ihre Diplomarbeit „Wem gehört die Stadt? Zur Situation von Obdachlosen in Düsseldorf“ unterwegs und

brachte im Anschluss, unterstützt vom Obdachlosenprojekt fiftyfifty, eine Postkartenserie heraus.¹ Zu sehen sind nachts grell erleuchtete Parkbänke, die als raffinierte „Kunstobjekte“ deklariert werden, und Haltestellen, an denen Ordnungsdienste rasch mit Bußgeldbescheiden und Platzverweisen zur Stelle sind, falls sich jemand „ohne erkennbare Fahrabsicht“ dort aufhält. Auch der Trend, Parkbänke abzuschaffen und durch Sitzschalen zu ersetzen, passt ins Muster – ein Trend, der sich interessanterweise derweil umzukehren scheint, hat man die Unerwünschten doch erfolgreich aus dem Stadtbild vertrieben. Obdachlose, Drogenabhängige, Sexarbeiter_innen sind weitestgehend „aus den Augen“ und damit „aus dem Sinn“.

Die Botschaft lautet: „Bist du kein Konsument, dann bist du Delinquent.“ Wer sich keine Coca Cola leisten kann oder will, der hat in den Innenstädten nichts verloren. Zwar müssen auch hierzulande ausschließlich augenscheinliche Migrant_innen demonstrativ ihre Taschen leeren, damit „wir anderen“ auch nicht versäumen, uns hinreichend bedroht zu fühlen. Aber immerhin: Noch wurde niemand erschossen, weil er/sie einen Kapuzenpulli trägt, so geschehen Ende Februar in Florida, als ein Mitglied einer Bürgerwehr einen afroamerikanischen Jugendlichen tötete.

In den 1970er Jahren machten Feministinnen den öffentlichen Raum als Tatort sexualisierter Gewalt zum Thema und schufen Bewusstsein für die Selbstverständlichkeit, mit der dominante Männlichkeit Raum greift, während viele Frauen die „permanente Vergewaltigungsdrohung“² verinnerlichen, sich daher räumlich bescheiden und bestimmte Orte meiden. Die „frauenfreundliche“ Stadtplanung verkam nicht selten zur Symptombekämpfung und erschöpfte sich in pragmatischen Lösungen, wie z. B. besserer Beleuchtung und Frauenparkplätzen. Frauen wurden als schutzbedürftige „Ausnahme-Benutzerinnen“ verstanden. Auch die Sprechweise änderte sich: Aus „Tatorten“ wurden „Angsträume“, die es galt, „erträglicher“ zu machen. Die Frage der Sicherheit wurde zunehmend psychologisiert und dadurch politisch entradikalisiert.

Seit den 1990er Jahren wird feministische Architektur und Stadtplanung immer offensiver: Wie muss der öffentliche Raum gestaltet sein, um Frauen das gleichberechtigte Raumgreifen zu ermöglichen? Wie kann Architektur emanzipatorisches Handeln fördern? Konkret reichen die Fragen von „Wie muss eine Küche gestaltet sein, damit mehrere Personen darin partnerschaftlich arbeiten können?“ bis hin zu „Wie müssen öffentliche Plätze gestaltet sein, damit dort viele unterschiedliche Aktivitäten möglich sind und

niemand von vornherein ausgegrenzt wird?“. Wir erobern uns die Nacht zurück! Freiraum für Bewegung! De-Colonize the City! Bewegungsfreiheit statt Residenzpflicht für Flüchtlinge erstreiten, leere Häuser besetzen, sich in MieterInnenvereinen und zu Genossenschaften zusammenschließen, Frauengärten anlegen, wie die Beginen neue Wohn- und Lebensweisen erproben ... Widerstand und Eigensinn haben viele Gesichter.

In den Kämpfen in und um die Stadt erfahren wir den neoliberalen Zynismus und die großen Krisen hautnah. Ausgrenzungen und Abwertungen, die einst das Verhältnis zwischen Stadt und Land, zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“

prägten, vollziehen sich nun auch innerhalb der Metropolen und zwischen einzelnen Stadtteilen. Hier geht es um nicht weniger als ums Ganze: Wie wollen wir miteinander (!) leben? Es geht um Fragen von Eigentum und Umverteilung, um Nutzungsrechte, Privatisierung und Kommerzialisierung, um Grundrechte und den Ausverkauf der Demokratie, um Politik, die sich entschieden hat, machtlos zu bleiben, die Umverteilung von unten nach oben jetzt „Sparen“ nennt und „Schuldendienst“, um vielfältige Ein- und Ausschlüsse, um Rassismus, Sexismus und Klassismus, um Ökologie und Nachhaltigkeit. Würden wir unsere Kämpfe bündeln, wir brächten die Verhältnisse zum Tanzen.

Widerstand hat viele Gesichter

Aufruf „Wir machen den Scheiß nicht mehr mit!“

www.soziokultur-nrw.de/?id=1266247931

ABWERTUNGSKIT GEGEN GENTRIFIZIERUNG

Unter dem Motto „Ich drücke meine Miete selber“ hat das Hamburger Aktionsnetzwerk „Es regnet Kaviar“ eine Videoanleitung zur Abwertung gentrifizierungsgefährdeter Szene-Quartiere und zur Vertreibung der Reichen veröffentlicht: Satellitenantennen an der Fassade anbringen, den Mitbewohner im Feinripphemd zum Einkaufen schicken, ausländische Namen am Klingelschild platzieren und bloß nicht zu kreativ wirken ... Großartig ist der Song „Es regnet Kaviar, es schneit Dividende“!

www.urbanshit.de/?p=379

DACHVERBAND DER BEGINEN

900 Jahre Geschichte der Beginen in Europa haben Frauen unserer Zeit ermutigt und bestärkt, eigenständige Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsformen autonom zu entwickeln. Die Beginen lebten seit dem Mittelalter in großen oder kleinen Zusammenschlüssen, in Beginenkonventen oder Beginenhöfen. Ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangten sie durch Stiftungen, das Einbringen ihrer jeweiligen Besitztümer, ihrer erlernten Fähigkeiten und durch ihre selbstständige Arbeit.

www.dachverband-der-beginen.de

MIETERINNENVEREINE

MieterInnenvereine vertreten die Interessen von MieterInnen und Wohnungslosen und engagieren sich für das Recht auf Kultur und Stadt. Kämpferisch und mit vielen überregional relevanten Informationen und Argumenten agiert z. B. der MieterInnenverein Witten und Umgebung e.V.

www.mvwit.de

FREIRAUM FÜR BEWEGUNG

Kulturschaffende, Veranstalter_innen, Politaktivist_innen usw. begreifen sich als Teil einer bundesweiten Bewegung, die in

mehreren Städten ihr Recht auf Freiräume, Gestaltung und Selbstbestimmung – kurz: auf ihre Stadt – einfordert.

www.freiraum-bewegung.de

LEERSTANDSMELDER.DE

Während weiterhin Büroneubauten als spekulative Kapitalanlage realisiert werden, stehen z. B. in Berlin vielerorts Büroflächen leer. Gleichzeitig veräußert der Liegenschaftsfonds stadteigene Immobilien ohne Einfluss auf deren spätere Verwendung. Hier werden stadtesellschaftliche Potenziale verschwendet. Ziel der kollektiven Internet-Plattform Leerstandsmelder.de ist es, die Diskussion um einen nachhaltigen Umgang mit Leerständen und über Ideen zur Neunutzung der Objekte voranzutreiben. Jede_r hat die Möglichkeit, Leerstände in ihrer/seiner Stadt in die Karten einzutragen und Informationen hinzuzufügen.

DAS MIETSHÄUSER SYNDIKAT

Das Mietshäuser Syndikat beteiligt sich an Projekten, damit diese dem Immobilienmarkt entzogen werden, berät selbstorganisierte Hausprojekte, hilft mit Know-how bei der Projektfinanzierung und initiiert neue Projekte: www.syndikat.org.

GENOSS_INNENSCHAFTEN

Mitglieder von Genossenschaften sind Eigentümer_innen und Nutzer_innen eines Betriebes oder einer Unternehmung und treffen Entscheidungen gemeinsam. 2012 ist das Jahr der Genossenschaften. In ihrem Buch „Theorien alternativen Wirtschaftens: Fenster in eine andere Welt“ (Schmetterling Verlag 2010) widmet sich Gisela Notz dem Thema. Kürzlich schrieb die Bundesregierung 11.500 Wohnungen der Treuhandliegenschaftsgesellschaft europaweit zum Verkauf aus. Den etwa 30.000 Mieter_innen droht damit der Verkauf ihrer Wohnungen an internationale Immobilienfonds. 30 Abgeordnete der LINKEN gründeten deshalb eine Genossenschaft, um sich am Angebotsverfahren beteiligen zu können, mit dem Ziel, die Anteile später an die Mieter_innen zu übertragen. Der Erfolg der Aktion bleibt angesichts der finanziellen Kräfteverhältnisse fraglich.

¹ www.freiraum-bewegung.de/wp-content/uploads/2010/02/FAZ_OSD_Duesseldorf.pdf

² Siehe auch den Artikel von Mithu Sanyal: „Das V-Wort“ über die disziplinierenden Effekte des Vergewaltigungsdiskurses in: *Wir Frauen* 3/2011.

Mit Wohnraum spielt man nicht!

TEXT MELANIE STITZ

► Es gab Zeiten, da erhielten Aktionär_innen gemeinnütziger Bau-Vereine jährlich eine Dividende von 2,56 Mark. Die übrigen Gewinne wurden investiert – in Ausbau und Sanierung, in ein lebenswertes Viertel, in den Zuschuss für das von Nachbar_innen organisierte Straßenfest. Das war, bevor 1990 unter Kohl das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz abgeschafft wurde. Damit verloren gemeinnützige Unternehmen ihre Steuerprivilegien und mussten, wie normale Firmen, Körperschaft-, Gewerbe- und Vermögensteuer zahlen. Dafür konnten sie nun leichter als bisher Wohnungen verkaufen, Mieten erhöhen und ihren Eigentümern höhere Gewinne auszahlen. Schon die Ankündigung des neuen Gesetzes trieb die Aktien ordentlich in die Höhe. Auch die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder erhöhte später durch zahlreiche Gesetzesänderungen den Handlungs- und Rendite-spielraum von Finanzinvestoren, z. B. durch Erleichterung von Unternehmensverkäufen, Hedgefonds und Verbriefungen. Knut Unger¹ beschreibt diese Entwicklungen im Detail: In den ersten Jahren der „post-gemeinnützigen“ Wohnungswirtschaft spielte der Handel mit Wohnraum noch eine untergeordnete Rolle. Die Eigentümer_innen hatten die Wohnungen nicht mit dem Ziel maximaler Rendite bewirtschaftet, sondern wollten ihre Zielgruppen – betriebswirtschaftlich rentabel – versorgen. Dies galt insbesondere für kommunale Unternehmen, aber auch für die in der Tendenz „fürsorglich“ agierenden großen Firmen. Denen erschien es noch als wirtschaftlich vernünftig, für ihre Belegschaften und deren Familien ein Wohnumfeld zu schaffen, in dem diese ihre Arbeitskraft wirkungsvoll regene-

rieren konnten. Gerade im Ruhrgebiet erinnern regelrecht idyllische innerstädtische Bergarbeiter-siedlungen, Schwimmbäder und Parks an diese Tradition des sogenannten „Rheinischen Kapitalismus“. Bauliche Investitionen zielten also nicht in erster Linie auf möglichst rasche und hohe Rendite, sondern waren auch politisch, moralisch oder repräsentativ motiviert.

Rasch aber wurden Wohnungen, ebenso wie „Gesundheit“, „Nahrung“ oder „Bildung“, als Ware und Wirtschaftsgut entdeckt, privatisiert und der demokratischen Kontrolle

entzogen. Sie sind heute beliebtes Spielobjekt international agierender Finanzinvestoren, die kaufen und wiederverkaufen und ihren Anleger_innen schon mal 10–20 % Rendite versprechen. Sie machen sich mitunter nicht mal mehr die Mühe, „ihre“ Bestände

selbst zu besichtigen. Umfangreiche Szenario-Software und ein Blick per Google Earth helfen den Portfoliomanagern, die Ware zu bewerten und zu Fonds zusammenzustellen, eine anonymisierte Eigentumsform, die eine Haltung von „sozialer Verantwortung“ gar nicht erst aufkeimen lässt.

Wohnungsverwaltungen, heute auch „Facility Management“ genannt, mit realen Menschen in realen Büros vor Ort kosten Geld und werden meist als Erstes wegrationalisiert. So gehen Arbeitsplätze gleich doppelt verloren: in der Verwaltung, aber auch im ortsansässigen Handwerk, das reichlich zu tun hätte bei der Instandhaltung und Modernisierung. In der Folge sitzen dann schon mal Mieter_innen in schimmeligen Wohnungen und haben keine Ansprechpartner_innen.

ZINKHÜTTENPLATZ
SIEDLUNG
DER
SOLIDARITÄT

LITERATUR

Sebastian Müller: Wie Wohnen prekär wird. Finanzinvestoren, Schrottimmobilien und Hartz IV. Herausgegeben von der Kooperationsstelle Wissenschaft Arbeitswelt in der Reihe „fair statt prekär“, Dortmund 2012.

Website der BI Zinkhützensiedlung:
www.mattern-duisburg.de



Foto: Helmut Mattern

Zwar können Behörden auch jetzt schon nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz intervenieren, wenn Wohnungen die Gesundheit bedrohen oder die öffentliche Ordnung gefährden, aber das ist mühsam und mit monatelangem, hohem bürokratischen Aufwand verbunden – schließlich gehen nach jedem Schreiben immer wieder wochenlange Fristen ins Land.² Schlimmstenfalls – und das kommt vor – ist der Investor pleite oder das Unternehmen nicht mehr als ein Briefkasten. Die ehemaligen Geschäftspartner entpuppen sich nicht selten de facto als „Wohnwertvernichter“. Spätestens dann fallen die über Jahre nicht sanierten Wohnungsbestände als Problem wieder jenen Kommunen vor die Füße, die sie einst verscherbelt haben.

Von diesen Entwicklungen besonders betroffen sind Berlin, das Ruhrgebiet oder auch Bremen-Bremerhaven. Innerhalb der Städte wiederum sind gerade die sensiblen Stadtteile, die sogenannten Brennpunkte, bevorzugte Spekulationsobjekte. Menschen, die Transferleistungen beziehen, gelten mangels Anreiz und Möglichkeit als wenig wehrhafte Mieter_innen. Dabei sind gerade die ökonomisch Schwachen und weniger Mobilen – alte Menschen und Alleinerziehende, Hartz-IV-Betroffene und Niedriglöhner_innen – auf wohnortnahe, öffentliche Infrastruktur und auf ein funktionierendes, lebenswertes, sozial starkes Viertel angewiesen.

In einigen solcher Viertel regt sich seit Jahren schon Widerstand gegen den Abriss günstigen Wohnraums und die Zerstörung gewachsener Strukturen. So z. B. in Duisburg-Bruckhausen. Auf ThyssenKrupp lastet der Druck, seine Schadstoffemissionen zu senken. Moderne Filter und der Umbau der Anlagen kosten Geld. Da ist es schon günstiger, sich zur Hälfte an den Kosten für einen „Grüngürtel“ zu beteiligen, wird die andere Hälfte doch aus Steuergeldern gezahlt. Sollten dann eines fernen Tages 15 Meter hohe Bäume den Grüngürtel zieren, ließen sich die Emissionen damit um zehn Prozent eindämmen. Seit Jahren verteidigen Anwohner_innen in Bruckhausen

ihre Wohnungen und werben für ökologische Alternativen, mit denen sich ihr Viertel bewahren und nachhaltig entwickeln ließe.³

In der Duisburger Zinkhützensiedlung kämpfen Mieter_innen gegen den Abriss von ca. 400 Wohnungen und pflanzten am 8. März trotzigen einen Rosenstrauch, der einmal einen Garten machen soll. Die komplette Siedlung, die an einen Großinvestor verkauft wurde, soll dem Parkplatz für ein „Factory Outlet Center“ weichen, in dem Markenkleidung in großem Stil verramscht werden soll. Gemäß des nicht hinterfragten Konkurrenz-Paradigmas – stets höher, schneller, weiter als die Nachbarstadt –, das schon die Loveparade nach Duisburg brachte, sollen damit „Kaufkraft“ (und Autos ...) bis aus den Niederlanden nach Duisburg gelockt werden. Auch hier hat die örtliche BürgerInneninitiative durchaus andere, eigene Ideen von der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung ihres Viertels.⁴

Diese und andere Kämpfe, die vielerorts geführt werden, haben manches gemeinsam: die harten Bandagen, mit denen gekämpft wird, um Menschen aus ihren Wohnungen zu bewegen und Kritiker_innen zu delegitimieren; die vermeintliche Sachzwanglogik und das Ausspielen berechtigter Interessen gegeneinander, nach dem Motto: Nur wenn die Alten aus den Wohnungen weichen, ist die Sporthalle für die Jungen drin usw. Stadtentwicklung, so scheint es, braucht stets einen großen privaten Investor, der von seinem erwarteten Profit ein kleines Scherflein abgibt. Wohl selten ohne Eigennutz ...

Lebendige Demokratie von unten, dass Betroffene bei der Gestaltung des Quartiers wirklich was zu sagen haben, politischer Wille, der Wohnraum als Grundrecht verankert, weitere Privatisierungen verhindert und Rekommunalisierung umsetzt: Angesichts verarmter Kommunen bleibt das wohl Utopie. Bis dahin gilt: Wer heute spart (in anderen Worten: lieber Gläubiger bedient), zahlt eben morgen den Preis – auch das mit Zinsen.

1 Knut Unger: Absturz der Wohnungsheuschrecken (2009, Mieterforum Ruhr): www.mieterforum-ruhr.de/de/themen/fondsvermieter/index.php/art_00001979

ders: Von der Immobilienkrise zum Recht auf Stadt (2009, MieterInnenverein Witten und Umgebung e.V.): www.mvwit.de/de/positionen/index.php/art_00001918

2 Kay Bandermann: Die Häuser der Heuschrecken. Das Phänomen „Schrottimmobilien“: www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/1407763/

3 Zum Abriss in Bruckhausen und der Diskussion um den „Grüngürtel“: www.geschichtswerkstatt-du-nord.de/index.html

4 Sylvia Brennemann: Die Bürgerinitiative Zinkhüttenplatz zum FOC. Preiswerter Wohnraum wird entsorgt: www.soonline.de/2012/03/die-buergerinitiative-zinkhuettenplatz

Bunt statt grau

Wie die Menschen unsere Städte verwandeln

TEXT ISOLDE AIGNER

► Stadtgärten, Sticker-Art, Samenbomben – es entwickeln sich immer mehr Formen künstlerisch, ökologisch und politisch motivierter Um- und Mitgestaltung urbaner Räume. Aktuell erobert das Guerilla bzw. Urban Knitting unsere Städte.

„Wir haben in Oberhausen einen interkulturellen Garten gegründet. Er fördert soziale Inklusion und hilft gegen Armut, Hunger, Diskriminierung und die ‚Vertafelung‘ der Gesellschaft“. Ellen Diederich, Gründerin des Frauenfriedensarchivs, ist die Initiatorin des interkulturellen Frauengartens „Rose“ in Oberhausen. Im Jahr 2009 sprach WIR FRAUEN mit ihr über das Projekt. Ziel ist es, die prekäre Lebenssituation vieler Menschen in Oberhausen, eine der ärmsten Städte Deutschlands, anzugehen und die Solidarität zwischen Migrantinnen, Asylbewerberinnen, Erwerbslosen und Kindern, die unterhalb der Armutsgrenze leben, zu fördern (WF 4/2009). Nach einer turbulenten dreijährigen Vorbereitungsphase, die mit Absage der Förderung durch die Kulturhauptstadt 2010, zweifachem Bodenaustausch, „Kaninchenplage“, diskriminierenden Bemerkungen („Damengarten“) und Reparaturarbeiten verbunden war, ist nun der Frauengarten entstanden. Seine Zielgruppe sind in erster Linie Frauen und Kinder, „weil Migrantinnen, erwerbslose Frauen oder Bewohnerinnen von Frauenhäusern noch stärker als Männer gesellschaftlich isoliert werden“, so Ellen Diederich. Es werden Heilkräuter angebaut, in Seminaren geben Teilnehmerinnen ihr Gartenwissen weiter, auch ist eine Streuobstwiese geplant. So verbessert der Garten die Situation der Menschen und fördert die Zusammenarbeit und Solidarität untereinander: „Die Lebensmittellage der Familien wird sich verbessern, wir werden voneinander lernen und mehr Gemeinsamkeiten erreichen.“

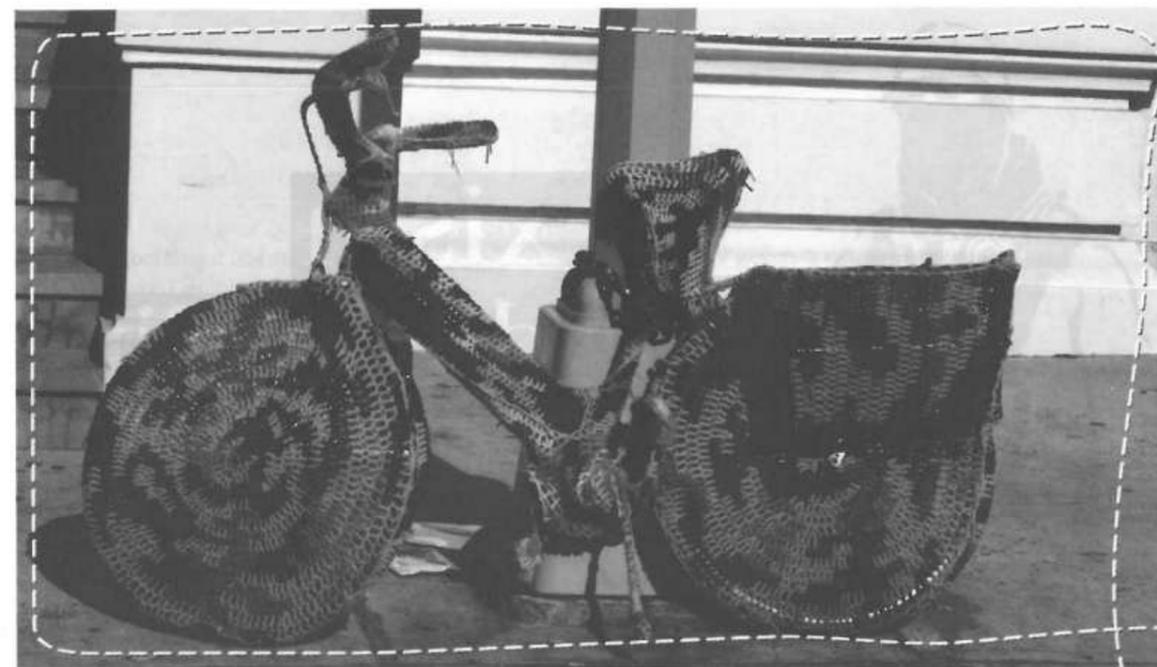
Zudem sorgen interkulturelle Gärten für Artenvielfalt und ein besseres Mikroklima im Quartier, sie säen, ernten und kompostieren ohne Chemie. Die Beteiligten bringen unterschiedliche Erfahrungen in Gartenwirtschaft und Handwerk mit, der Austausch vervielfältigt das vorhandene Wissen um Pflanzen, Kräuter und ihre Verwendung. Gärten sind zudem ein wirksames Mittel gegen Mangel. Sie ermöglichen Überfluss, sie regen zum Schenken und Tauschen an.

Daneben entstehen weitere Formen demokratischer und partizipativer Gestaltung urbaner Räume – Street Art wie Paste Ups, das sind mit Kleister aufgezogene und ablösbare Plakate, oder auch Adbusting, bei dem Werbung im öffentlichen Raum verfremdet, überklebt oder auf andere Weise umgestaltet wird, um so die Aussage umzudrehen. Die Motive zeigen Figuren mit Sprechblasen, Comic- oder Tierfiguren oder kleine Wortspiele und richten sich unter anderem gegen Privatisierung von öffentlichem Raum, Gentrifizierung, Überwachung oder Verdrängung der bisherigen BewohnerInnen.

Gestrickte Graffitis als sanfter Protest

Ein relativ junges Phänomen ist die Bewegung um Urban bzw. Guerilla Knitting, zu deutsch: urbanes bzw. Guerilla-Stricken¹. Nach dem Motto „Stricken, was das Zeug hält“ werden zum Beispiel Straßenlampen, Strommasten, Ampeln, Skulpturen, aber auch Bäume und verlassene Fahrräder eingestrickt oder bestrickt. Mal fertigen die StrickerInnen die Objekte zu Hause an und hängen sie dann erst auf, mal stricken sie bei Nacht und Nebel. So hat beispielsweise die Guerilla-Knitting-Gruppe „Fluffy on Tour“ die 24 Uhren im Zeitpark am Düsseldorfer Volksgarten umstrickt. Die Bewegung gehört zu der „Radical Crafting Bewegung“, in der sich Menschen zusammentun und handwerkliche Dinge aller Art als Alternativen zu Massen- und Discounterware herstellen. Die mit der Handarbeit verbundenen „weiblichen“ Stereotype werden dekonstruiert (siehe auch WF 4/2010).

Urban und Guerilla Knitting setzt sich mit Fragen auseinander wie: Wem gehört der öffentliche Raum, wer darf ihn wie nutzen? Der öffentliche Raum soll zurückerobert und durch die künstlerische Gestaltung wiederbelebt werden, wie zum Beispiel bei den „Rausfrauen“ aus München: „Warum immer nur fürs traute Heim stricken, häkeln, nähen und basteln? Und überhaupt – wer bewohnt hier in München gar noch ein ‚trautes Heim‘, bei horrenden Mietpreisen?“ Auch das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 wurde als Zeichen des Protestes gegen den Abriss mit Strickereien versehen. Im Gegensatz zu den üblichen Graffi-



tis, die eine Sachbeschädigung darstellen, sind die gestrickten Graffitis ein „sanfter“ Eingriff in den öffentlichen Raum, weil sie jederzeit entfernt werden können. Die entstandenen Objekte irritieren, strahlen aber gleichzeitig Wärme und Friedfertigkeit aus.

Ein Ursprung der Knitting-Bewegung ist schwer auszumachen. So wird beispielsweise der Künstlerin Magda Sayeg eine Vorreiterrolle eingeräumt. Sayeg gründete 2005 das Kollektiv Knitta, Please! in ihrer Heimatstadt Houston, Texas. Ihre Strickobjekte sollten den grauen Betonlandschaften und kalten Metallobjekten in der Stadt mehr Wärme und Farbe verleihen. Sayeg geht es weniger um eine politische Aussage als darum, durch ihre Objekte PassantInnen ein „Lächeln auf das Gesicht“ zu zaubern. Innerhalb der Bewegung ist sie umstritten und gilt für einige sogar als Verräterin mit dem Ruf, ihre Kunst ökonomisch zu verwerten, weil sie unter anderem Schutzüllen (in Strick-Optik) für Smartphones vertreibt.

Andere KünstlerInnen stricken, um offensiven und plakativen Protest zu üben, ein Beispiel dafür war die Initiierung des sogenannten Pink Tank: 2006 verhüllte die dänische Künstlerin Mariana Jørgensen einen Panzer in Kopenhagen mit 4000 gehäkelt, pinkfarbenen, quadratischen Häkel-Flicken, mit der Absicht, friedlich gegen die Beteiligung Dänemarks am Irakfeldzug der USA zu demonstrieren. Im Vorfeld hatte Jørgensen per Internet dazu aufgerufen, mitzustricken. Weltweit beteiligten sich Menschen und schickten ihre Beiträge an die Künstlerin, sodass ein Panzer bedeckt mit lauter pinken Flickern entstand: „Eingekleidet in Pink, ist er entwaffnet und verliert seine Autorität“ – so Jørgensen.

Wie beim Radical Crafting geht es beim Urban und Guerilla Knitting auch um feministische Fragen. So soll das Klischee der strickenden Hausfrau im wahrsten Sinne des Wortes „aufgestrickt“ werden: Das Stricken, sinnbildlich für die private und häusliche Tätigkeit, wird im Sinne einer Selbstermächtigung auf den öffentlichen Raum verlagert, die Grenzen zwischen Privat und Öffentlich verschoben sich. So auch bei den Wiener Strickistinnen. Auf ihrem Blog verkünden sie: „Nein, abwarten hilft nicht. Also stricken wir. Ein, an und gegen“. Sie wollen „textile Techniken, die weiblich konnotiert und im Privaten verortet werden, in den öffentlichen Raum einbringen“. Gleichzeitig fordern sie mit ihrer Kunst die berufliche Gleichstellung ein – das Stricken symbolisch für die schlecht bezahlten Stellen in typischen Frauenberufen. So entstand am Equal Pay Day 2010 ein „Strickplakat“ mit der Aufschrift: „Schluss mit Gratis – Equal Pay now“. Am 19. März 2011 organisierte die Gruppe anlässlich des 100. internationalen Frauentags das Projekt „KnitHerStory – zur Sichtbarmachung von Frauengeschichte(n) im Öffentlichen Raum“.

Im Gegensatz zu interkulturellen Gärten, die ein Lernfeld für kollektive Praxen und im wahrsten Sinne des Wortes fruchtbare kulturelle Räume wider Vereinzelung und Isolation darstellen, erfreut Urban Knitting nicht alle. So wurden in Wien die Strick-Objekte vom Gartenbauamt und der Müllabfuhr entfernt. In Bad Lippspringe haben EinwohnerInnen mit wütenden Beschimpfungen auf das bürgerschaftliche Projekt zur Stadtverschönerung in Form bestrickter Bäume reagiert. Dem tritt eine sich vernetzende Knitting-Bewegung gegenüber, die das Potenzial hat, Protest am Bestehenden zu üben und zu zeigen: Eine andere Welt ist strickbar!

¹ Urban Knitting steht dabei eher für die klassische Street Art und muss nicht zwangsläufig politisch motiviert sein, während das Guerilla Knitting bewusst(er) politisch aufgeladen ist.

Interkulturelle Frauengärten

www.stiftung-interkultur.de/nordrhein-westfalen/lippstadt/70-oberhausen



Sexism and the City

TEXT ANNA SCHIFF

Zufall war, dass ausgerechnet der Spruch „Prüf sie mündlich“ gewählt wurde. Die Plakate mussten übrigens nach Beschwerden von Studierenden abgehängt werden. Warum es überhaupt erlaubt ist, eine staatliche Universität als Werbeplattform zu benutzen, ist ein anderes Thema.

Neu ist diese Marketingstrategie nicht. Seit der Lancierung der Marke Axe bzw. Lynx für Großbritannien und Australien 1983 setzt man marketingtechnisch auf Sexismen und erschuf dazu den „Axe-Effect“. Das Werbeversprechen: Der Benutzer – die anvisierte Käufer_innengruppe sind augenscheinlich heterosexuelle Männer – wird durch die Verwendung des Produkts zu einem Magneten für Frauen, die aussehen wie den Seiten eines Männermagazins entstieg. Jede neue Kampagne zeigt dieses Motiv in einer anderen sexistischen und/oder rassistischen Variation. Weil das Werbeversprechen an sich völlig überzogen und der dargestellte Sexismus dermaßen übersteigert ist, soll es lustig gemeint sein. Jede/r, der/die sich beschwert, hat keinen Humor, so die unterschwellige Botschaft. Die US-amerikanische Bloggerin Anita Sarkeesian, die auch für das bitch Magazine arbeitet, beleuchtet in ihrem Videoblog feminist frequency diesen „ironischen Sexismus“ und bringt es folgendermaßen auf den Punkt: „Es ist die Normalisierung der Verwendung von Sexismen durch das ‚Sie wissen, dass ich weiß, dass sie sexistisch sind. Also soll es lustig sein, aber es bleibt Sexismus.“

Der „ironische Sexismus“ ist nichts weiter als eine Spielart der „normalen“ sexistischen Werbung, die sich im Fachjargon *Gender-Marketing* nennt. Dahinter steckt die unternehmerische Hoffnung, durch vermeintlich passgenaues Zuschneiden von Marketing und Design auf eine Zielgruppe einen Marktanteil zu erhalten. Produkte, so die Logik, werden nicht einfach nur an Menschen, sondern an „Männer“ und „Frauen“ verkauft. Heraus-

kommen dabei längst überholt geglaubte Klischeebilder von Geschlechterrollen, Karikaturen ihrer selbst, betont etwa die Designforscherin Uta Brandes. Heraus kommt dann *Cola light* für die figurbewusste Frau und *Cola Zero* für den figurbewussten, aber dennoch „männlichen“ Mann. Heraus kommen pinke und schwarze Laptops. Nichtsdestotrotz sind die Geschlechterrollen, wie sie uns die Werbeagenturen präsentieren, tief eingebunden in unsere gesellschaftlichen Vorstellungen von „Männern“ und „Frauen“. In einem Teufelskreis produziert und reproduziert die Werbemaschinerie die ewig gestrigen Zerrbilder gesellschaftlicher Vorstellungen von „männlich“ und „weiblich“ und stellt sie für alle gut sichtbar rund um die Uhr in unseren Städten zur Schau.

Alternative Streetart

Auch die Biermarke Astra, die sich gerne mit dem Image des linken, alternativen Szenetrinks schmückt, setzt auf den „ironischen Sexismus“. In bester Stammtischmanier werden Sexismen und Rassismen zur Schau gestellt, immer im Dunstkreis von „Das wird man doch wohl noch mal sagen/zeigen dürfen“. Beispielsweise ein „sexy“, „Hulamädchen“, die mit gespitzten Lippen, mit unterwürfigem Blick nach oben, lasziv Bier aus einem Strohalm trinkt. „Was dagegen?“, fragt das Plakat. Ja, antworten da die StadtbewohnerInnen. Denn wo Werbung ist, da ist auch Adbusting, also die Zerstörung bzw. Verfremdung (wörtlich sprengen) von Werbeinhalten. Es entstammt der Streetart-Bewegung und ist damit ebenso wie sie Teil einer Inbeschlagnahme der Stadt bzw. ihrer Straßen. Das *busten* oder *smashen* von Werbeplakaten schlägt die Werbemaschinerie mit ihren eigenen Mitteln, im Kampf um Aufmerksamkeit wird eine klare, simple Botschaft vermittelt. Die Bandbreite reicht dabei von Stickern, die den sexistischen Inhalt als eben solchen ausweisen, über simple Eddingschmierereien, über das Überplakatieren mit sinnentstellenden oder vielmehr -entlarvenden Sprüchen bis hin zu mittels *stanztas* (zu deutsch Sprühvorlagen) erstellten Graffiti. Egal welche Form, jede Adbusting-Aktion ist Ausdruck der Wut der BewohnerInnen über die tagtägliche Umweltverschmutzung sexistischer Werbeinhalte im öffentlichen Raum. Sie labeln die vermeintlich harmlosen Plakate als das, was sie sind, nämlich „Sexistische Kackscheiße“. Nicht umsonst ist genau dieser Sticker mit den sehr deutlichen Worten zu einem wahren Klassiker avanciert.

Der (Straßen-)Kampf gegen sexistische Werbung kennt nicht nur EinzelkämpferInnen, es bilden sich auch autonome Aktionsbündnisse. Die „Bezugsgruppe Beckham“ beispielsweise, deren anonyme Mitglieder unter dem Motto „Sexistischen Werbekampagnen eine kleben!“ agieren. Sie stellen Fotos ihrer Aktionen, bei denen sie die Deofirmasprüche überkleben, online. Da heißt es dann „Such dir 'ne Stellung als Misthaufen“. Ebenfalls online findet sich ein Schreiben des deutschen Werberates, der seine Entscheidung, von seiner drakonischsten Strafe, der Rüge, abzuweichen, damit begründet, dass die Deo-Kampagne eben „Geschmackssache“ sei.

Anonym agiert das Bündnis deshalb, weil ihre Aktionen vielleicht als legitim empfunden werden, sie trotzdem illegal sind und zu Geldstrafen führen können. Dasselbe gilt übrigens für das Aufkleben von Stickern. Die Gerstensaftfirma hat ebenfalls ihr eigenes GegenspielerInnenbündnis. Unter www.wasdagegen.blogspot.de werden auch hier die Aktionen, etwa das Smashen der Plakate mit so simplen Aufklebern wie „Geht's noch? Sexistischer (und rassistischer?)“ online gestellt. Gleich ist beiden Bündnissen, die hier nur exemplarisch stehen, dass im öffentlichen Raum die Frage formuliert wird: Wem gehört die Stadt? Oder vielmehr deutlich gemacht wird, wem sie NICHT gehören soll. Sie akzeptieren Sexismus nicht als Teil des Stadtbildes und machen das für alle gut sichtbar.

Neben diesen autonomen Bündnissen gibt es auch die institutionalisierte Variante der Gegenwehr. Mit Graz, Wien und Salzburg haben gleich drei österreichische Städte sogenannte *watchgroups* gegründet. Versehen mit einem Kriterienkatalog, was als Sexismus zu bewerten ist und welches Level die jeweilige Anzeige erreicht hat, fordern sie ihre MitbürgerInnen dazu auf, aktiv zu werden und sexistische Werbeinhalte beim Werberat zu melden bzw. fordern von ihrer Stadt, die als sexistisch klassifizierten Plakate abzuhängen. Diesem Beispiel sind auch die LeipzigerInnen von LEBENSZEITEN e.V. gefolgt und haben online eine Petition zur Verbannung sexistischer Werbeinhalte aus ihrer Stadt ins Leben gerufen.

Ob man die institutionalisierte Variante des Kampfes gegen alltägliche Sexismen bevorzugt oder die autonomen Bündnisse, bleibt jedem und jeder selbst überlassen. Es lohnt sich zu fragen, wem man die Welt, wem man seine Stadt überlassen möchte, und aktiv zu werden.

WEITERLESEN

Österreichische Watchgropus
www.watchgroup-sexismus.at/cms
www.watchgroupsalzburg.wordpress.com
www.werbewatchgroup-wien.at

Feminist Frequency:
www.feministfrequency.com

Beschwerdeformular des deutschen Werberates:
www.werberat.de/content/Beschwerdeformular.php

Uta Brandes mit Sonja Stich und Miriam Wender: Design durch Gebrauch. Die alltägliche Metamorphose der Dinge, Basel, Birkhäuser, 2008.

Bestelladressen für „Sexistische Kackscheiße“-Sticker:
www.black-mosquito.org/index.php/sexistische-kackscheisse-40-aufkleber.html
www.rootsofcompassion.org/de/sexistische-kackscheisse-10x
www.schwarzesocke.com/maillorder/aufkleber/sexistische-kackscheisse_30_st%C3%BCck_sexismus_16509.html

Aktionsbündnisse:
www.bezugsgruppe-beckham.tumblr.com/post/18261098113/klebt-euch-einen
www.wasdagegen.blogspot.de

Frauenwohnprojekte

Anachronismus oder widerständige Praxis?

TEXT RUTH BECKER

► (...) Die Wohnbedingungen von Frauen hängen, so meine Ausgangsthese, eng mit dem gesellschaftlichen Geschlechterverhältnis zusammen. So war es noch vor hundert Jahren Frauen selten möglich, eine eigene Wohnung anzumieten – aus finanziellen Gründen, aber auch, weil eine „anständige“ Frau nicht alleine wohnte. Nicht viel besser war die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Wohnungsnot traf zwar alle Haushaltsformen, doch die Wohnungspolitik setzte klare Prioritäten zu Gunsten von Familien, weshalb es für alleinstehende Frauen extrem schwierig war, eine eigene Wohnung zu erhalten. Die Priorisierung der Ehe durch Politik und Gesellschaft in den 1950er und 1960er Jahren tat ihr Übriges. Erst ab den 1970er Jahren setzte sich allmählich das Alleinwohnen von Frauen als eine „normale“ Lebensform neben anderen durch. Der Zusammenhang dieser Entwicklung mit den – von der Frauenbewegung angestoßenen – Emanzipationsprozessen von Frauen ist unverkennbar.

Frauenwohnprojekte sind in meinen Augen eine Fortsetzung dieser Emanzipationsprozesse. Die ersten Wohnprojekte, in denen Frauen ganze Häuser beanspruchten, um gemeinsam darin zu wohnen, wurden von Aktivistinnen der zweiten Frauenbewegung gegründet und beherbergten überwiegend neben den Wohnungen Frauenstadtteil- oder Kulturzentren oder zumindest den Frauen der Nachbarschaft zugängliche öffentliche Räume. Das Ziel der Frauen war es, eine feministische Gegenöffentlichkeit zu schaffen und dabei Wohnen und Arbeiten zu verbinden. Das gilt für das erste dieser Projekte, das 1978 gegründete Sarah in Stuttgart, in dem in einem im Ganzen angemieteten Gründerzeitgebäude 10–12 Frauen in 4 Wohnungen wohnten, die im EG ein Café und Kulturzentrum von und für Frauen betrieben. Das gilt auch für die weithin bekannte Schokofabrik in Berlin, die aus einer Hausbesetzung hervorgegangen ist und nach zwanzig Jahren als legalisiertes Mietwohnungsprojekt inzwischen einer eigens dafür gegründeten Frauenwohnungs-genossenschaft gehört und ein Frauenstadtteilzentrum mit vielfältigem Angebot (von der Kita über ein Frauencafé bis zu einem Hamam) in sich birgt. An beiden Projekten waren im Übrigen maßgeblich Architektinnen beteiligt, bei Sarah als Gründerinnen und

Planerinnen, bei der Schoko als Planerinnen mit hohem ökologischem Anspruch und Wagemut. Sie bauten u. a. das erste Ökoko in einem Mehrfamilienhaus – allerdings waren die Anforderungen an die Benutzerinnen dann auf Dauer doch zu hoch bzw. die Technik nicht ausgereift.

Auch einige andere Projekte gingen aus Hausbesetzungen hervor – so das Hexenhaus in Berlin und die Villa Magdalena K. in Hamburg –, wobei letztere ebenfalls den Gedanken der Verbindung von Wohnen und Arbeiten und die Schaffung einer autonomen Frauenöffentlichkeit (Öffnung einer Werkstatt für die Frauen der Nachbarschaft) verfolgten. Beim Hexenhaus stand ein anderer Gedanke im Vordergrund, der sich in der Folge als Gründungsgedanke einer ganzen Reihe von Projekten etablierte: die Schaffung und Sicherung von Wohnraum in Frauenhand. Das Hexenhaus scheiterte noch an den hohen Hürden einer Genossenschaftsgründung und erwarb ihr Gebäude als Verein. Einige Jahre – und viele vergebliche Kämpfe später – gelang die Genossenschaftsgründung dagegen in München und in Bremen, wobei letztere allerdings an zunächst zugesagten und dann doch nicht bewilligten Fördergeldern insolvent wurde und in Liquidation ging. Das Wohnprojekt allerdings besteht weiter – genauso übrigens wie die anderen bisher erwähnten Projekte. Das Sarah besteht seit mehr als 33 Jahren, bei der Schoko sind es 26 Jahre und in beiden Fällen werden auch die Stadtteil- bzw. Kulturzentren weiterhin betrieben – auch wenn die Bewohnerinnen teilweise oder vollständig gewechselt haben.

In besonders konsequenter Weise verfolgt übrigens eine Stiftung, die Sappho-Stiftung, die dauerhafte Sicherung von Wohnraum in Frauenhand. Hervorgegangen aus dem Verein „Safia – Lesben gestalten ihr Alter“, bietet die Sappho-Stiftung frauenliebenden Frauen die Möglichkeit, ihr Vermögen, z. B. Wohnungseigentum, erbschaftssteuerfrei zu stiften, wobei es bei entsprechender Ausgestaltung der Zustiftung sogar möglich ist, bei Lebzeiten zu stiften und trotzdem die Wohnung quasi wie eine Eigentümerin zu behalten (im Rahmen eines sog. Niesbrauchs). Inzwischen hat die Stiftung mehrere Häuser, meist im ländlichen Raum. Ein Projekt liegt in Hannover.

Viele Frauenwohnprojekte wollen gemeinschaftliches Eigentum realisieren, scheitern aber an fehlenden finanziellen Möglichkeiten – aber auch an fehlenden Kenntnissen. Dies hat mich u. a. bewogen, einen ausführlichen Leitfaden zur Gründung eines Frauenwohnprojekts zu schreiben und dabei auf alle Fragen, von der Initiierung über die Wahl der Rechtsform, die Finanzierung und die Förderungsmöglichkeiten bis zur Realisierung und Bewirtschaftung, einzugehen. Ergänzt wird der Leitfaden durch eine Dokumentation von 78 Projekten. Darauf aufbauend hat Eveline Linke eine umfangreiche Internet-Datenbank entwickelt.

An den ersten, in Westdeutschland realisierten Projekten waren vor allem jüngere, mit der autonomen Frauenbewegung verbundene Frauen beteiligt. Im Laufe der Zeit interessierten sich zunehmend ältere Frauen für Frauenwohnprojekte, gleichzeitig rückten neue Formen des Zusammenlebens ins Zentrum der Zielsetzung, nicht nur die Projekte, die explizit für das Zusammenleben älterer und alter Frauen gegründet wurden (wie z. B. die Projekte von Nora e.V. in Hamburg, die bereits 3 Projekte in unterschiedlichen Stadtteilen realisiert haben), sondern auch die Beginenprojekte, die sich gewissermaßen als neue Form der autonomen Projekte entwickelt haben. Die Beginenprojekte knüpfen ganz bewusst an die Tradition der mittelalterlichen Beginen an, ein religiöser Zusammenschluss von Frauen, die zusammen lebten und wirtschafteten und die auch ihren Mitgliedern ein Gelübde abverlangten, das aber wieder gelöst werden konnte. Im Gegensatz zu den Klöstern bedeutete der Eintritt in ein Beginenkonvent keine lebenslange Bindung.

Den modernen Beginen geht es „um die autonome Entwicklung eigenständiger Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsformen, basierend auf der politischen Gleichstellung von Frauen, auf Gewaltfreiheit und auf Gemeinschaft von Frauen mit gegenseitiger Unterstützung“, so die Website des Dachverbandes der Beginen, dem inzwischen mehr als zwanzig Projekte angehören. Das Ruhrgebiet ist gewissermaßen zum Zentrum geworden, gibt es doch realisierte Projekte in Dortmund, Essen, Schwerte, Unna und Bielefeld und weitere geplante Projekte (in Köln, Bochum, Gelsenkirchen, Krefeld, Münster

und Duisburg). Ein sehr großes, im individuellen Wohnungseigentum realisiertes Projekt mit 53 Wohnungen steht in Berlin. (...)

Frauenwohnprojekte basieren zwar auf dem wissenschaftlich nicht haltbaren Alltagsverständnis einer Zweigeschlechtlichkeit (...), aber sie bringen dennoch die Geschlechterordnung in Unordnung, indem sie ein zentrales, dem System der Zweigeschlechtlichkeit innewohnendes Prinzip, die Heteronormativität, in Frage stellen.

Heteronormativität unterstellt ja nicht nur die „Normalität“ eines heterosexuellen Begehrens, sondern meint letztlich die allumfassende Bezogenheit von Frauen auf Männer. Diese allumfassende Bezogenheit wird durch das explizite Zusammenleben von Frauen, bei dem Männer ganz oder zumindest als gleichberechtigte Partner ausgeschlossen sind, durchbrochen. Das soll nicht heißen, dass in Frauenwohnprojekten ausschließlich Lesben wohnen oder auch nur dominieren. Zumindest bei den neueren Projekten ist dies keineswegs der Fall. Aber es sind Frauen, die unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung einen eigenen Bezugsrahmen schaffen, jenseits der gesellschaftlich vorgegebenen „normalen“ Alternativen. Das ist m. E. weit mehr als eine subkulturelle Variante des Wohnens bzw. eine Spielart der „Pluralisierung der Lebensformen“, von der in der Planung so häufig die Rede ist. Frauenwohnprojekte sind Ausdruck eines veränderten Umgangs mit der Zweigeschlechtlichkeit. Denn die in den Frauenwohnprojekten entstehenden Frauenräume sind nicht, wie die Frauenräume in vielen Gesellschaften mit räumlicher Geschlechtertrennung, Räume der Beschränkung, Zeichen des Ausschlusses von Frauen aus zentralen gesellschaftlichen Räumen, sondern sind in meinen Augen ein Zeichen der Stärke, der Raumnahme, wie es auf einer Tagung der FOPA, der Feministischen Organisation von Planerinnen und Architektinnen, hieß – und damit ein Zeichen der Emanzipation, eine Form des Aufbegehrens gegen die Beschränkungen, die Frauen seit Jahrhunderten auferlegt werden. Auf solche Formen des Aufbegehrens hinzuweisen, sie zu analysieren und sie durch Informationen zu unterstützen, ist für mich ein wichtiger Teil der Frauen- und Geschlechterforschung in der Raumplanung.

Siegel des Beginenkonvents, abgedruckt in Mathias Dicks „Die Abtei Camp am Niederrhein. Geschichte des ersten Cisterzienserklosters in Deutschland (1123-1802)“

Bei diesem Text handelt es sich um eine gekürzte Fassung der Abschiedsvorlesung von Professorin Dr. Ruth Becker, der Text ist ungekürzt abgedruckt in: Journal des Netzwerks Frauenforschung NRW, Nr. 26/2010. www.netzwerk-fgf.nrw.de/fileadmin/media/media-fgf/download/publikationen/Journal-26_Netzwerk-FGF.pdf

Wir danken Ruth Becker für die Genehmigung des Abdrucks.

Ruth Becker: Frauenwohnprojekte – keine Utopie! Ein Leitfaden zur Entwicklung autonomer Frauen(wohn)räume mit einer Dokumentation realisierter Projekte in Deutschland. Studien Netzwerk Frauenforschung NRW, Nr. 3, 2009, 581 S. Für 10 € zu beziehen über Dekanat Raumplanung TU Dortmund, dekanat.rp@tu-dortmund.de.

Webseite mit Datenbank: www.frauenwohnprojekte.de